

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 02.03.2016

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr - 21:40 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	52	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Jörg Hopperdietzel	Fraktion DIE LINKE	dienstlich
Herr Dr. Roland Katzer	Fraktion AfD	dienstlich

Verspätetes Erscheinen

Frau Christin Furtenbacher	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:10 Uhr; TOP 7; privat
Frau Cornelia Knorr	SPD-Fraktion	20:00 Uhr; TOP 7; dienstlich
Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:09; TOP 7; dienstlich

Frühzeitiges Verlassen

Herr Axel Brückom	SPD-Fraktion	19:40 Uhr; TOP 7; privat
Frau Christin Furtenbacher	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	19:00 Uhr, TOP 7, privat
Frau Katrin Köhler	fraktionslos	18:01 Uhr; TOP 7; weitere Veranstaltung
Herr Gordon Tillmann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	19:00 Uhr; TOP 7; privat

beratend Teilnehmende

Herr Philipp Rochold	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Herr Sven Schulze	Bürgermeister Dezernat 1
Herr Andreas Stoppke	Ortsvorsteher Klaffenbach
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Peter Börner	Amtsleiter Amt 67
Frau Katrin Ehnert	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech-Döring	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Herr Maik Freimuth	Sachbearbeiter Abt. 20.1
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30
Frau Verena Martin	Abteilungsleiterin Abt. 20.1
Frau Katja Uhlemann	Amtsleiterin Amt 15

Fraktionsangestellte

Herr Robert Andres	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Lutz Bartel	Fraktion AFD
Herr Andreas Bochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Andreas Felber	Fraktion VOSI/PIRATEN
Herr Eduard Jenke	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Stefan Kraatz	SPD-Fraktion
Herr René Mann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Lisa Runkel	Fraktion DIE LINKE

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es gibt keine Anträge zur Tagesordnung. Diese ist somit bestätigt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 27.01.2016
-

Es liegt keine Einwendung zur Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Bekanntgabe des Beschlusses aus der Sitzung des Stadtrates - nichtöffentlich - vom 27.01.2016
-

Der Stadtrat wählte mit Beschluss B-326/2015 Herrn Falk Reinhardt als Leiter Gebäudemanagement und Hochbau zum frühestmöglichen Termin.

- 5 Informationen der Oberbürgermeisterin
-

Es gibt keine Informationen der Oberbürgermeisterin.

6 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Es gibt keine Fraktionserklärungen.

7 Beschlussvorlage

Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für das Haushaltsjahr 2016

Vorlage: B-037/2016

Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass zur Beschlussvorlage zwei Änderungen der Verwaltung, von welcher die zweite Änderung durch eine dritte ersetzt wurde, eine zusammengefasste Liste der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen, Stellungnahmen aller Ortschaftsräte sowie zwei Einwendungen zum Haushaltsplanentwurf und eine Stellungnahme der Verwaltung hierzu ausgereicht wurden.

Der Haushaltsplanentwurf wurde in allen beschließenden Fachausschüssen beraten. Es erfolgte die Anhörung aller Ortschaftsräte i. S. v. § 67 Abs. 4 SächsGemO zu den ortschaftsbezogenen Haushaltsansätzen.

Vom Ortschaftsrat Einsiedel liegt ein abstimmungsfähiger Änderungsvorschlag zur Kindertageseinrichtung Einsiedel vor. Dieser wird unter dem Teil Investitionen zur Abstimmung gebracht.

In der Zeit vom 26.11.2015 bis 04.12.2015 fand die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung statt. Es gab im Rahmen der Auslegung drei Einsichtnahmen.

Die Frist für Einwendungen von Bürgern und Abgabepflichtigen endete am 15.12.2015. Es gab zwei Einwendungen, welche unter Anlage 6 „Stellenplan“ zur Abstimmung gebracht werden.

Haushaltsrede des Stadtkämmerers

Herr Bürgermeister Schulze führt aus, dass bei der Aufstellung des Haushaltsplanes der Grundsatz, eine sorgsame Planung und eine sparsame Haushaltsführung ist wichtig, aber sie ist kein Selbstzweck, gilt. Hauptaufgabe auch dieses Haushaltes ist es, die soziale und gesellschaftliche Balance in Chemnitz zu erhalten und er denkt, dass dies mit dem vorliegenden Haushaltsplan und auch in den Folgejahren durchaus gelingt. Angesichts dessen könne die Verwaltung keinen anderen Haushalt vorlegen als diesen.

Denn die Planung der Einnahmen und Ausgaben eines kommunalen Haushaltes kann nicht allein der Gewinnerzielung bzw. Erreichung eines Überschusses dienen, da sich die Kommune die meisten ihrer Aufgaben nicht aussuchen kann, so z. B. durch vielfältige Pflichtaufgaben, die Abhängigkeit von Bundes- und Landesmitteln und auch durch das Thema Flucht und Asyl.

Unverkennbar ist bei aller Komplexität des Haushaltsplanes, dass der Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben in diesem Jahr und auch mittelfristig nicht gelingt. Im Finanzhaushalt als Basis für die kamerale Vergleichsrechnung fehlen im laufenden Jahr knapp 19,5 Mio. €, im Jahr 2019 noch rund 4,7 Mio. €. Diese Verschlechterung hat verschiedene Ursachen, wie beispielsweise eine Anpassung der geplanten Erträge aus der Gewerbesteuer oder Änderungen bei der Verteilung von Landesmitteln. Aber auch einen deutlichen Kostenaufwuchs, beim Personal, bei den Bewirtschaftungskosten sowie im Sozialbereich. In der doppelten verbesserte sich das Ergebnis gegenüber dem ausgereichten Planentwurf für das laufende Jahr leicht und für das Ende des Finanzplanungszeitraums deutlich. Wurde im Oktober noch von einem Defizit in Höhe von 11,85 Mio. € ausgegangen, wird aktuell mit einem Minus von 11,57 Mio. € in diesem Jahr gerechnet. Für das Jahr 2019 konnte der Fehlbetrag im Vergleich zum Planentwurf um rund 5,8 Mio. € reduziert werden, wobei immer noch ein Defizit von reichlich neun Millionen € besteht.

Die entstehenden Fehlbeträge können mittelfristig durch Mittel des Liquiditätsbestandes ausgeglichen werden und die Gesetzmäßigkeit der Haushaltsplanung ist gegeben. Die Verwaltung geht deshalb davon aus, dass die Landesdirektion diesen Haushalt genehmigen kann. Allerdings sei der Haushaltsausgleich kein Selbstläufer, deshalb müsse gemeinsam versucht werden, die Ausgaben und Einnahmen mittelfristig wieder besser in Einklang zu bringen.

Herr Bürgermeister Schulze legt dar, dass auf der Einnahmeseite die vorliegende Haushaltssatzung eine Erhöhung der Allgemeinen Schlüsselzuweisung um 1,5 Mio. € enthält. Gleichzeitig konnten die investiven Schlüsselzuweisungen um 400 T€ angehoben werden. Dabei wurden die aktuellen Orientierungsdaten des Finanzministeriums berücksichtigt. Insgesamt unterstellt die Planung für dieses Jahr 165,5 Mio. € an allgemeinen und 29,8 Mio. € an investiven Schlüsselzuweisungen. Bei der Gewerbesteuer hingegen musste der tatsächlichen Entwicklung Rechnung getragen und der Ansatz um 4 Mio. € auf 108,7 Mio. € reduziert werden. Diese Reduzierung kann zum Teil durch einen höheren Einkommenssteueransatz ausgeglichen werden, der um 2 Mio. € auf 65,5 Mio. € erhöht wurde. Bis 2019 ist ein weiterer Anstieg auf knapp 75 Mio. € unterstellt.

Neu in die Planung aufgenommen wurde die Ergänzungspauschale für die Unterbringung von Asylbewerbern in Höhe von 3,6 Mio. €, welche im laufenden Jahr sowie 2017 durch den Freistaat Sachsen gezahlt wird. Die Pauschale nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurde um 4,2 Mio. € auf knapp 27,8 Mio. € angehoben. Dies reicht aus Sicht der Verwaltung jedoch nicht aus, um die tatsächlichen Kosten dauerhaft und vollständig zu decken. Weitere Mehrerträge in Höhe von rund 400.000 € für dieses Jahr wurden aufgrund der pauschalen Ergänzung des Landeszuschusses für die Kinderbetreuung in die Planung eingearbeitet. Für die Folgejahre bis 2018 ist ein Anstieg um rund 1 Mio. € geplant. Im investiven Bereich ergeben sich gegenüber dem Entwurfsstand Mehreinnahmen aus dem Schulbauförderprogramm in Höhe von knapp 1,16 Mio. €.

In der Haushaltssatzung sind außerdem die investiven Verstärkungsmittel, welche der Stadt aufgrund des Kulturraumgesetzes zufließen, enthalten. Hier wurden zusätzlich knapp 400.000 € sowohl als Einnahme als auch als Ausgabe in die Planung aufgenommen.

Ausgabeseitig enthält die Beschlussvorlage ebenfalls wesentliche Veränderungen gegenüber dem Planentwurf. Hier benennt er zuerst die Personalaufwendungen. Nachdem die Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren im Zuge verschiedener Konsolidierungskonzepte Stellen und Personal abgebaut hat, war 2015 erstmals wieder ein Aufbau erforderlich, welcher sich in diesem Jahr fortsetzt. Die wesentlichen Änderungen im Stellenplan 2016 tragen der Entwicklung der Flüchtlingszahlen Rechnung. So erfolgte gegenüber dem Planentwurf ein weiterer Stellenaufbau um 20 AE im „Stellenpool Asyl“. Die Besetzung dieser Stellen soll abhängig vom tatsächlichen Bedarf erfolgen. Aus diesem Grund wurden vorerst keine Personalkosten dafür veranschlagt. Darüber hinaus wurde eine 1 AE Musikpädagoge zusätzlich zum bereits im Planentwurf enthaltenen Stellenaufbau von 1 AE in die Haushaltsatzung eingeordnet. Ebenfalls hinzugekommen sind 1 AE wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Kunstsammlungen Chemnitz sowie eine Koordinatorenstelle für Integrationsprojekte im Asylbereich. Insgesamt steigen die Personalaufwendungen im laufenden Jahr gegenüber dem Planentwurf um rund 1,5 Mio. € und 2017 noch einmal um reichlich 1,7 Mio. €. Darin enthalten sind bereits die Ergebnisse des Tarifabschlusses für den Sozial- und Erziehungsdienst. Die bevorstehenden Tarifverhandlungen für den übrigen Öffentlichen Dienst konnten noch nicht vollständig berücksichtigt werden. Die Forderung der Gewerkschaft ver.di und des Deutschen Beamtenbundes beinhaltet mittlerweile eine Erhöhung um sechs Prozent. Die bisherige Planung der Verwaltung geht demgegenüber von einer Tarifierhöhung um 2,5 Prozent aus. Sollte das Verhandlungsergebnis zwischen den Tarifpartnern diesen Forderungen entsprechen, so kämen im laufenden Jahr rund 4,9 Mio. € Personalkosten hinzu.

Für den Bereich Asyl war zum Stand des Planentwurfes ein Defizit von 7,5 Mio. € für das Jahr 2016 berechnet worden. Die vorliegende Haushaltssatzung unterstellt hingegen einen Anstieg der Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen auf rund 11,7 Mio. €. Um die Integration von Flüchtlingen zu unterstützen, erfolgte die Einordnung von 200.000 € im Jahr 2016 und jeweils 100 T€ in den Jahren 2017 und 2018 für die Schulsozialarbeit in den Berufsschulzentren. Diese Mittel sollen in den Folgejahren möglichst durch zusätzliche Fördermittel ergänzt werden. Damit stellt sich die Stadt Chemnitz der Aufgabe, die Integration von Flüchtlingen zu unterstützen. Im Amt für Jugend und Familie werden die Mittel für die Schulsozialarbeit 2016 um 250.000 € und in den beiden Folgejahren jeweils um 125.000 € erhöht. Weitere 152.000 € sind für die Neueinrichtung von Tagespflegeplätzen für Kinder in diesem Jahr geplant. Die Sozialumlage wurde ebenfalls neu berechnet und konnte für das laufende Jahr um 417.000 € und in 2017 um 441.000 € reduziert werden. Bei den im Planentwurf enthaltenen Mitteln für die Unterbringung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländer erfolgte eine Anhebung um 9,1 Mio. €. Darin enthalten sind der Betrieb der Clearinghäuser sowie zusätzliche Mittel für verschiedene Hilfen zu Erziehung, beispielsweise für die Unterbringung in stationären Wohnformen. Diese Aufwendungen werden zum größten Teil, aber eben nicht vollständig, durch den Freistaat Sachsen erstattet.

Veränderungen gegenüber dem Planentwurf ergeben sich außerdem bei den Investitionen im Finanzhaushalt. Zur Förderung der Wohlfahrtspflege wurde im Jahr 2016 zusätzlich ein investiver Zuschuss in Höhe von 177.000 € eingestellt. Dieser wird zu 100 % aus Fördermitteln gedeckt. Bei den Schulbaumaßnahmen erfolgte eine Planerhöhung im Jahr 2016 um 1,5 Mio. €. Diese wird zum überwiegenden Teil aus höheren Fördermitteln finanziert. In diesem Zusammenhang benennt er die Sanierungsmaßnahmen an der Grundschule Borna sowie am Internat des Sportgymnasiums.

Veränderungen in Form von Umverteilungen erfolgten außerdem bei Investitionen des Tiefbauamtes aufgrund der aktuellen Planungs- und Bauausführungsstände sowie vorliegender Bewilligungsbescheide. Dies betrifft unter anderem den Ausbau der Wasserschänkenstraße, die Fraunhoferstraße und den Ausbau des Knotens Brückenstraße/Mühlenstraße im Zusammenhang mit dem Bau des Regenüberlaufbeckens. Im Zuge der Umschichtungen wurden die Maßnahmen Radweg Wüstenbrand-Lugau, Neefestraße (Verlängerung Einfädelspur) sowie zwei Abschnitte des Südrings neu eingeordnet und zusätzlich Mittel für den Bereich der Gemeindestraßen vorgesehen.

Herr Bürgermeister Schulze erinnert, dass im Dezember 2015 das Sächsische Investitionskraftstärkungsgesetz in Kraft trat, welches die Verwendung von Bundesmitteln und zusätzlichen Landesmitteln regelt, welche die Investitionskraft der Kommunen stärken sollen. Erfreulich ist, dass die Mittel nun auch für Instandhaltungsmaßnahmen eingesetzt werden können. Er merkt kritisch an, dass ein wesentlicher Teil der Landesmittel über Umschichtung im Finanzausgleich bereitgestellt wird, aus Mitteln, die ohnehin den Kommunen zugestanden hätten. Hinzu kommt, dass im Zuge des Gesetzes eine Verschiebung von FAG-Mitteln von den drei kreisfreien Städten zum kreisangehörigen Raum in Höhe von 40 bis 60 Mio. € verabredet wurde. Dies hat voraussichtlich zur Folge, dass Chemnitz ab 2017 jährlich zwischen acht und zehn Millionen an Deckungsmitteln verloren gehen. Dieser Verlust wird durch die zusätzlichen Fördermittel nur zum Teil ausgeglichen. Er sagt, dass sich die Stadt Chemnitz über den Sächsischen Städte- und Gemeindetag mit Erfolg für Verfahrenserleichterungen bei der Antragstellung und Abrechnung der Fördermittel eingesetzt hat. So wird es beispielsweise für Instandhaltungsmaßnahmen ein vereinfachtes Verfahren geben. Für größere Investitionsvorhaben sind analog zum Konjunkturprogramm II aus dem Jahr 2009 ebenfalls Erleichterungen vorgesehen. Hier soll eine zeitnahe Plausibilitätskontrolle durch die Landesdirektion erfolgen, ohne dass umfangreiche Begründungen zum Vorhaben abgegeben werden müssen. Sorge bereite hingegen die geplante Zeitschiene, da die Meldung aller Maßnahmen, die zur Förderung aus dem Bundes- und Landesbudget angemeldet werden, bis Mitte Juni dieses Jahres erfolgen muss. Somit ist davon auszugehen, dass die Bewilligung der Mittel frühestens Ende August erfolgen wird. Dies sieht er kritisch, weil insbesondere die aus Bundesmitteln geförderten Maßnahmen nach derzeitigem Stand bis zum Ende des Jahres 2018 abgeschlossen sein müssen. Zur Verwendung der Bundesmittel hat die Verwaltung mit der Haushaltssatzung einen Vorschlag unterbreitet. Dieser beinhaltet im Wesentlichen die drei Schwerpunkte Kitas, Schulen sowie Lärmschutzmaßnahmen im Straßenbau.

Zu den größten Einzelmaßnahmen zählen die energetische Sanierung der Janusz-Korczak-Schule, die Generalsanierung der Kita in der Walter-Ranft-Straße sowie der barrierefreie Ausbau des Bahnsteigtunnels am Hauptbahnhof. Hierbei handelt es sich teilweise um neue Vorhaben, teilweise wurden auch Projekte aufgenommen, für die bisher nur eine geringe oder gar keine Förderung vorgesehen war. Um den Abschluss dieser Baumaßnahmen finanziell sicherstellen zu können, wurden die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen in den Haushaltsplan eingearbeitet.

Für die Maßnahmen des Budgets „Sachsen“ wird die Verwaltung bis Juni einen Vorschlag unterbreiten, wobei der Maßnahmeplan ausführlich vorberaten werden soll.

Herr Bürgermeister Schulze weist im Weiteren auf einige Haushaltsrisiken hin, die es zu beachten gilt. Hier benennt er zunächst den im Finanzplanungszeitraum noch nicht vollständig unteretzten Verlustausgleich an die VVHC bzw. die CVAG, wobei die Beschlussfassung zum Nahverkehrsplan zu berücksichtigen ist.

Ebenfalls nicht vollständig eingeplant ist ein möglicher Mehrbedarf beim Städtischen Theater, der sich nach Auslaufen des Haustarifvertrages ab dem Jahr 2019 zwingend ergeben wird, sofern das noch vorzulegende Theaterkonzept hier keine Alternativen benennt. Zudem ist unklar, auf welches Verhandlungsergebnis sich die Tarifvertragsparteien im Öffentlichen Dienst einigen werden und wie sich diese Einigung auf das Personalkostenbudget auswirkt. Weitere Risiken ergeben sich aus einer möglichen Veränderung des Finanzausgleichsgesetzes sowie der Einwohner- und Schülerzahlen, welche die Verteilung der Landesmittel an die kreisfreien Städte wesentlich beeinflussen. Die Entwicklung der Flüchtlingszahlen und die finanzielle Beteiligung des Landes und des Bundes an den damit verbundenen Kosten sowie die Ausgestaltung des Finanzausgleiches zwischen Bund und Ländern werden die künftigen Haushaltsjahre ebenfalls spürbar beeinflussen.

Abschließend erklärt er, dass mit dem vorliegenden Haushalt in den meisten Fällen die Ansätze gegenüber dem Vorjahr erhöht wurden und die Verwaltung einen abgestimmten Vorschlag, der die vielfältigen Aufgaben der Stadt und die begrenzten finanziellen Ressourcen gleichermaßen berücksichtigt. Letztendlich habe der Stadtrat das Etatrecht und letztendlich über die Mittelverwendung zu entscheiden. Gleichwohl sollten sich Stadtrat und Verwaltung gemeinsam bemühen, alle finanziellen Entscheidungen mit Augenmaß zu treffen. Nicht über die Verhältnisse zu leben, die richtige Balance zwischen dem Notwendigen, dem Wünschenswerten und dem Machbaren zu finden sei die Herausforderung im Interesse der Stadt und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Dabei sollte es möglich sein, trotzdem Gestaltungsspielräume zu schaffen und zu nutzen, damit die Stadt als Ganzes vorankommt.

Stellungnahmen der Fraktionen zur Haushaltssatzung

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) führt aus, dass der letzte Haushalt vor dem ersten Zweijahreshaushalt erstmalig unausgeglichen in einer Größenordnung um 20 Mio. € vorliegt, der aus Sicht der Verwaltung trotzdem genehmigungsfähig sein wird. Der Stadtrat müsse aufpassen, dass er bei diesem Defizit die Zusatzkosten für das Thema Asyl als größten Posten im Auge behält. Seine Fraktion erwartet vom Dezernat 1, dass ein sehr enges Finanzcontrolling geführt und im Verwaltungs- und Finanzausschuss regelmäßig informiert wird. Er benennt die Schwerpunkte der Änderungsanträge der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP. Bei diesen gehe es um die Stärkung der Kindertagesstätten und Schulen, Wirtschaftsförderung und Standortentwicklung, Ordnung und Sicherheit sowie Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement und Sportvereine/Sportstätten. Er stellt klar, dass insbesondere weitere Investitionen in ländlichen Grundschulen, die Sanierung der Eislaufbahn im Eissport- und Freizeitzentrum, die weitere Entwicklung der Küchwaldbühne und der Parkeisenbahn sowie ein zusätzliches Kongress- und Tagungszentrum seiner Fraktion besonders am Herzen liegen, und deswegen in die Änderungsanträge aufgenommen wurden. Er sagt hierzu, dass seine Fraktion tatsächlich berechnete Sorgen habe, dass diese Vorhaben ansonsten in der noch fest zulegenden Investitionsliste von der Tagesordnung rutschen. Es sei die Pflicht der Stadtratsmitglieder die Fördermittel des Bundes und Landes dafür einzusetzen, dass die Stadt fit für die Zukunft sei und das Stadtzentrum das Bild einer wirtschaftlich erfolgreichen und lebenswerten Industrie- und Universitätsstadt zeichne. Es müsse so viel wie möglich in die Bereiche investiert werden, die die Stadt zukunftsfähig machen. Dazu gehören zweifelsfrei Ideen, wie die Neugestaltung der Brückenstraße erfolgen könnte, aber eben auch ein attraktives multifunktionales Veranstaltungs- und Tagungszentrum mitten in der Stadt, da dies die Stadt prägt und ein Zeichen für weitere Investitionen ist, die dringend benötigt werden.

Dabei lasse sich mit seiner Fraktion darüber reden, ob die Maßnahmen heute oder im Laufe der nächsten Wochen entschieden werden sollten. Er betont aber, dass der Stadtrat nicht viele Möglichkeiten hat, aktive Wirtschaftsförderung zu betreiben, die hier bestehe und genutzt werden sollte.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass ihre Fraktion die Befassung mit dem Haushaltsplan sehr ernst genommen und versucht hat, den vorhandenen Gestaltungsspielraum voll auszuschöpfen. Natürlich konnte dabei aufgrund der zur Verfügung stehenden Mittel nicht jedem Wunsch nachgekommen werden, also wurden Schwerpunkte gesetzt und es wird sich fraktionsübergreifend für deren Durchsetzung eingesetzt. Zum Haushalt 2016 einschließlich der Finanzplanung bis 2019 sagt sie zunächst, dass sie sich ambivalent darstellen. Einerseits ist nach jetzigem Kenntnisstand unter Berücksichtigung der Ergebnisrücklage der Haushalt gesetzmäßig und damit genehmigungsfähig. Andererseits wird in keinem Jahr ein rechnerischer Haushaltsausgleich erreicht, geschweige denn auch nur annähernd eine Nettoinvestitionsrate erwirtschaftet. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit ist damit nicht gewährleistet. In dieser Situation gelte es mutig, aber auch mit Augenmaß, Brücken in die in mancher Hinsicht ungewisse Zukunft zu bauen. Angesichts der Herausforderungen durch steigende Sozialausgaben und Personalkosten, nach wie vor hohem Sanierungsbedarf in vielen Bereichen der Infrastruktur und den Belastungen durch die Flüchtlingsbewegung, erwarte ihre Fraktion von Bund und Land dafür eine hinreichende Finanzausstattung der Kommunen. Die Neujustierung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern nach Auslaufen des Solidarpaktes darf nicht zu Lasten der kommunalen Ebene gehen. Vom Bund zugesagte Hilfen, wie die Entlastung von den Kosten der Eingliederungshilfen müssen verbindlich auch nach 2018 geregelt und fortgeführt werden. Die Umverteilung der Finanzausgleichsmittel von den kreisfreien Städten zum kreisangehörigen Raum muss zurückgenommen werden. Aufwendungsgerechte Finanzausweisungen für übertragene Aufgaben müssen fortgeschrieben werden. Nur so können dauerhaft die Aufgaben gelöst werden.

Sie führt aus, was Brücken in die Zukunft bauen für ihre Fraktion bedeute.

1. Brücken in die Zukunft sind für die Fraktion DIE LINKE Investitionen in Bildung und Kinder. Gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und Grünen sieht sie auch im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms Investitionen in Schulen und Kitas als Schwerpunkt. Ausreichende Schulkapazitäten und genügend Kita-Plätze, intakte Sportstätten und Spielplätze sind wesentliche Aspekte einer gut funktionierenden Daseinsvorsorge.

2. heißt für ihre Fraktion auch Fürsorge für sozial schwache, alte und behinderte Menschen. Deshalb wird der Änderungsantrag eingebracht, bereits zugesagte Mittel für die Personalausstattung der Begegnungsstätten in die Haushaltplanung einzustellen. Ebenfalls schon länger geplant war die Schaffung eines barrierefreien Marktes. Das darf im Interesse der behinderten Menschen nicht dem Rotstift zum Opfer fallen. Im Sozialbereich gibt es keine Abstriche, was mit ihrer Fraktion auch nicht zu machen wäre. Das beinhaltet auch, die notwendigen Mittel für die Leistungen für Flüchtlinge und Asylsuchende bereit zu stellen. Hilfebedürftige gegeneinander ausspielen zu wollen sei rechtspopulistische Stimmungsmache. Ungeachtet dessen sehen sie in der Flüchtlingshilfe eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die Bund und Land auskömmliche Mittel an die Kommunen ausreichen müssen.

3. sei die Personalentwicklung der nächsten Jahre auch in finanzieller Hinsicht eine große Herausforderung. Nachdem im Rahmen des EKKo in Größenordnungen Personal abgebaut worden ist, ist nunmehr eine Situation eingetreten, in welcher über einen punktuellen Stellenaufbau nachzudenken ist, etwa im Bereich der Kitas aber zum Beispiel auch im Bereich der Gesundheitsvorsorge und -betreuung gibt es zusätzlichen Bedarf.

4. Brücken in die Zukunft im wörtlichen Sinne heißt in die Sanierung der Brücken und anderer Ingenieurbauten zu investieren und den großen Sanierungstau bei der Infrastruktur schrittweise aufzulösen. Dazu werden auch die Möglichkeiten des Kommunalen Investitionsprogramms genutzt. Heute werde dabei über den ersten Teil, das sogenannte Budget Bund, beschlossen. Je zu einem Drittel soll dieses für Schulen, Kitas sowie Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt werden. Im Frühjahr dieses Jahres werde über die Verwendung der restlichen Mittel entschieden. Damit werde man über eine mittelfristig verlässliche Planung verfügen.

Frau Stadträtin Schaper sagt abschließend, dass vorgesehen ist, auch in den nächsten Jahren die Verschuldung weiter abzubauen. Im Interesse einer nachhaltigen Finanzpolitik unterstützt die Fraktion DIE LINKE diese Entwicklung. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des nächsten Haushaltes gibt ihre Fraktion daher der Verwaltung mit auf den Weg, dass zeitweise aufgeschobene Projekt Bürgerhaushalt wieder auf die Agenda zu heben. Die Fraktion DIE LINKE wird dem Haushaltplan 2016 zustimmen und damit ihre Mitverantwortung für eine vernünftige und nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik wahrnehmen. Zum vorliegenden Haushaltplan wurden zusammen mit den Fraktionen der SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Reihe von Änderungsvorschlägen vorbereitet, mit denen den Bedürfnissen der Chemnitzerinnen und Chemnitzer nachgekommen und der vorhandene Handlungsspielraum auch hinsichtlich der Deckungsquellen verantwortungsvoll ausgeschöpft wurde.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) stellt fest, dass heute nicht nur der Haushalt der Stadt Chemnitz für das Jahr 2016 und die mittelfristige Finanzplanung beraten und entschieden wird, sondern zudem die von der Verwaltung vorgelegte Maßnahmenliste für die im Sächsischen Kommunal-Investitions-Stärkungs-Gesetz enthaltenen Bundesmittel. Letztere beschert den Umstand, Maßnahmen umzusetzen, die andernfalls im Haushalt oder in der mittelfristigen Finanzplanung zusätzlich, und nur sehr schwer hätten abgebildet werden müssen. Dies sei eine verlockende Situation, die jedoch im Zusammenhang mit dem zum Beschluss vorgelegten Haushalt 2016 betrachtet werden muss. Die Entscheidung der Kämmerei, trotz des Defizits im Gesamtergebnis auf die tiefen Einschnitte zu verzichten, die es für einen ausgeglichenen Haushalt bedurft hätte, begrüßt die SPD-Fraktion. Den kommunalpolitischen Handlungsspielraum zu erhalten, ist ein wichtiges Signal an den Stadtrat und auch an die Bürgerinnen und Bürger, da es eben nicht so sei, „Die Flüchtlinge kriegen alles, wir kriegen nichts!“ oder „Auf einmal ist Geld da!“. Die Strategie der AfD und in Chemnitz insbesondere von Ratsfraktion PRO CHEMNITZ, die Gesellschaft zu spalten, das Flüchtlingsthema zum gegeneinander ausspielen von Bevölkerungsgruppen zu verwenden darf und wird nicht aufgehen. So suggeriere Herr Kohlmann mit Flugblättern ganz bewusst, dass es zu Kürzungen kommt, zu Einschnitten, die der „besorgte Bürger“ wegen der Flüchtlinge zu tragen hat. Angst schüren, Demagogie, Halbwahrheiten, Gerüchte, dass sei seine Strategie. Deshalb erklärt er nochmals deutlich, dass an keiner Stelle gekürzt wird, dass niemanden etwas weggenommen wird. Dass für Bürgerinnen und Bürger investiert und für alle Politik gemacht wird, zeigen auch die Änderungsanträge von SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, VOSI/PIRATEN und CDU/FDP.

Beiseite wischen lässt sich dieses Defizit im Gesamtergebnis jedoch nicht, so dass **Herr Stadtrat Müller** an ein verantwortungs- und maßvolles Handeln appelliert. Man habe für das Haushaltsjahr 2016 und auch für die mittelfristige Planung den glücklichen Umstand, dass mit dem Sächsischen Kommunal-Invest-Programm Maßnahmen möglich sind, die den Handlungsspielraum als Kommune erhöhen. Er weist jedoch noch einmal auf die Unsicherheiten hin, die im Herbst, zeitgleich zur Ausreichung des Planentwurfs zum Haushalt, vorlagen. Dem vehementen Einsatz von Frau Oberbürgermeisterin Ludwig und Herrn Bürgermeister Schulze sei es zu verdanken, dass diese Fördermittel nun auch für Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im Ergebnishaushalt verwendet werden können. Andernfalls wäre es zu dem irrwitzigen Zustand gekommen, dass die Kommune die zusätzlichen Investitionsmittel praktisch selbst aus dem Ergebnishaushalt hätten finanzieren müssen. Die erfolgreich verhandelte Öffnung erweitert den Spielraum der Stadt erheblich. Den größeren Teil dieser Investitionsmaßnahmen, den aus Landesmitteln, wird der Stadtrat zu einem späteren Zeitpunkt beschließen. Heute steht eine Maßnahmenliste zum Beschluss, welche die Bundesmittel aus dem Kommunal-Investitions-Förderungs-Gesetz umfasst, knapp 15 ½ Mio. € an Förder- und reichlich 5 Mio. € an Eigenmitteln. Die Frage an die Staatsregierung in Dresden, weshalb die Ausreichung der bereits im Juni 2015 vom Bundestag beschlossenen Fördermittel erst in diesem Jahr möglich ist, sei schon deshalb erlaubt, weil der Beginn von Maßnahmen bereits im Juni 2015 möglich gewesen wäre und die Abnahme derselben bis Ende 2018 zu erfolgen habe. Er dankt der Verwaltung, welche heute eine Maßnahmenliste zur Beschlussfassung vorlegt, die dann auch im Förderzeitraum umsetzbar ist. Die Mittel aus dem Kommunal-Invest-Programm sind zudem an bestimmte Förderzwecke gebunden. Die SPD-Fraktion hat daher im Januar gemeinsam mit den Fraktionen DIE LINKE sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen, je ein Drittel für Schulhausbau, für Kita-Sanierungen sowie für Tiefbaumaßnahmen aufzuwenden. Diese Priorisierung folgt den Förderbereichen Infrastruktur, insbesondere im Lärmschutz und Barriereabbau, sowie Bildungsinfrastruktur und dort insbesondere in Form energetischer Sanierungen. Die heute zur Beschlussfassung vorliegende Liste stellt sich für seine Fraktion dieser Priorisierung gerecht werdend dar und findet ihre Unterstützung. Er sagt, dass über die Fördermittel des Freistaates zu einem späteren Zeitpunkt beraten und abgestimmt werde. Hierbei eine Maßnahmenliste zu beschließen, die auf breite Zustimmung stößt, liegt sehr im Interesse seiner Fraktion und er freue sich, wenn in den folgenden Wochen über die Fraktionsgrenzen hinweg gemeinsam in Austausch getreten werde. Er stellt fest, dass der überwiegende Teil der Herausforderungen des kommunalen Haushalts im Ergebnishaushalt steckt.

Es sind bestimmte Unwägbarkeiten zu bedenken, die verantwortungsvolle Änderungen zum Haushalt erfordern. Die Aufwendungen für Asylsuchende, zur Unterbringung, zur Integration, zur Betreuung lassen sich in Unkenntnis der zu erwartenden Zahlen in diesem Jahr nicht zu 100 % zuverlässig einplanen. Zudem sind im vorliegenden Haushalt steigende Personalkosten infolge der anstehenden Tarifrunde eingeplant. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen könne nicht abgesehen und deshalb folglich nicht vorgegriffen werden. Zusätzlich benennt er das „Theaterkonzept“ und seine Auswirkungen auf die folgenden Jahre. Fakt sei, ohne eine weitere, deutlich stärkere Unterstützung durch den Bund und den Freistaat können die umfangreichen Aufgaben, gerade bei der Unterbringung und erfolgreichen Integration von Flüchtlingen, nicht bewältigt werden. Es gehe darüber hinaus auch um Folgekosten wie Zuschüsse des Bundes für Sozialausgaben im SGB II oder auch den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft. Den Kollegen Abgeordneten des sächsischen Landtages gibt er mit auf den Weg, dass die vom Bund bereitgestellten Mittel aber auch bitte vollständig an die Kommunen weiterzureichen sind.

Sich aus Bundesmitteln zu rechnen, eigene Aufgaben zu erfüllen und die Kommunen vor Ort die Arbeit auf eigene Rechnung machen zu lassen, ist weder seriös noch verantwortlich. Was im Übrigen nicht nur für die Kosten von Flucht und Asyl, sondern auch für die Regionalisierungsmittel zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs gilt. Er sagt abschließend, dass der Planentwurf bereits das deutliche Signal, trotz aller Unwägbarkeiten die Stadt Chemnitz mit einem Haushalt zu versehen, der diese im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger handlungsfähig bleiben lässt, setze. Forderungen aus dem Vorjahr, wie die Stärkung der Schulsozialarbeit sowie Maßnahmen zur Sprachförderung seien bereits im Haushalt abgebildet. Zu diesem werde seine Fraktion verantwortungsvoll und maßvoll Änderungen einreichen, die für dringend geboten und perspektivisch für sinnvoll erachtet werden.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass ihre Fraktion die Erfahrung gemacht hat, dass die Zusammenarbeit zwischen Rot-Rot-Grün in der Debatte um Änderungsanträge eine verlässliche und vertrauensvolle Basis ist, die hoffnungsfroh stimmt für die nächsten anstehenden Aufgaben. Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Haushalt eine deutlich sozial ökologische Komponente tragen. Ihre Fraktion habe in die Debatte ökologische Aspekte, wie den Hochwasserschutz und den Klimaschutz eingebracht. Sie führt aus, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf nicht nur die Anforderungen widerspiegelt, sondern auch deutlich die Defizite aufzeigt. Die derzeit wichtigste Herausforderung stellt sich zweifellos zum Thema Asyl. Wie wird es gelingen, 2016 und in den Folgejahren, die zugewiesenen Menschen gut unterzubringen, zu versorgen und ihnen den Weg in die Gesellschaft durch Spracherwerb, Bildungschancen und Arbeitsmarktzugänge zu erleichtern. Mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 450.000 € im Haushalt für Schulsozialarbeit in den Berufsschulen und Schulen mit Vorbereitungsklassen werde auf die Anforderungen reagiert, die sich aus der Integration von Flüchtlingen in den Schulbetrieb ergeben. Gleiches gilt für die Aufstockung der Mittel im Bereich der sozialen Betreuung für Flüchtlinge durch Freie Träger in Höhe von 344.000 € sowie die notwendigen Personalaufstockungen. Kritisch bleibt, dass Land und Bund hinsichtlich der Beteiligung an den Kosten der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge noch nicht schnell genug, nicht ausreichend genug und nicht vorausschauend genug reagieren. Insbesondere der Freistaat muss sich bei der Kostenpauschale nach dem Asylbewerberleistungsgesetz schneller bewegen. Es kann nicht sein, dass Chemnitz über einen Haushalt hinweg das Defizit aus dieser Aufgabe für den Freistaat zwischenfinanziert. Laut aktualisiertem Entwurf gibt es im Gesamtbereich Asyl ein Defizit in Höhe von über 11 Mio. €. Ihre Fraktion begrüßt es daher sehr, dass die Stadt alle Aufwendungen in diesem Bereich genau erfasst, um die ausreichende Beteiligung des Freistaates zu überprüfen. Hier weist sie auf die Steuermehreinnahmen des Bundes in Höhe von 2,2 Mrd. € und des Freistaates Sachsen in Höhe von über 320 Mio. € hin und sagt, dass nach Auffassung ihrer Fraktion die zusätzlichen Aufgaben im Bereich Asyl bewältigt werden können, ohne dass an anderer Stelle auch nur einen Cent gespart werden muss. Mit der Beschleunigung der Asylverfahren werden viele Menschen schneller als bisher in den Geltungsbereich des SGB II kommen und nach der KdU-Richtlinie auch entsprechenden Anspruch auf Wohnungen haben. Damit einhergehen wird ein deutlicher Anstieg der Kosten der Unterkunft. Das ist aus Sicht ihrer Fraktion ein noch nicht zu bezifferndes Haushaltsrisiko. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt die Position des Deutschen Städtetages, dass der Bund diesen flüchtlingsbedingten Anstieg der Unterkunftskosten vollständig übernehmen muss. Zugleich sehen sie auch die großen Chancen, die sich aus der Migration in die Stadtgesellschaft ergeben und das nicht nur mit Blick auf die Zuwächse bei den Einwohnerzahlen, die künftig nicht unerheblichen Einfluss auf Erträge für unseren Stadthaushalt haben können. Im Rückblick auf das Jahr 2015 lässt sich aus Perspektive ihrer Fraktion sagen, dass Chemnitz beim Thema Asyl einen ausgezeichneten Job gemacht hat.

Hierzu benennt sie eine Vielzahl von Beispielen. Sie sagt, dass gerade die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in der Zeit des fast kompletten Staatsversagens in Sachsen auch in Chemnitz das Handeln in die Hand genommen haben und der Staatsregierung Zeit verschafft haben. Nun müsse die Staatsregierung „Nägel mit Köpfen“ bezüglich der Sicherung der Finanzierung der Kommunen machen.

Zum Thema Sport sagt **Frau Stadträtin Zais**, dass nach Auffassung ihrer Fraktion die Stadt in den letzten Jahren zu viel Geld in den bezahlten Fußball investiert hat. Das betrifft nicht nur die Kosten des Stadions und der Eröffnungsfeier, sondern auch die dem CFC erlassenen Pachtzahlungen. Sie geht davon aus, dass die in den Haushalt 2016 eingestellte Summe der Pachtzahlung in Höhe von 180.000 € nunmehr durch den CFC gezahlt wird. Sie stellt in diesem Zusammenhang fest, dass dringend moderne Schwimmbäder mit ausreichenden Kapazitäten für die Absicherung der Pflichtstunden im öffentlichen Bereich, aber auch für den Breiten- und Leistungssport benötigt werden. Auch deshalb bilden die Investitionen/ Instandsetzungen im Bereich Schwimmbäder einen Schwerpunkt im Bereich des Sports. Mit dem heutigen Beschluss werde zudem die Grundlage für das neue Allwetterbad am Standort Bernsdorf gelegt. Besonders wichtig sei auch, dass nach Jahren des Stillstandes endlich auch Bewegung in die Sanierung des Schwimmkomplexes im Sportforum kommt.

Ihre Fraktion wünscht sich, dass in Vorbereitung auf den Doppelhaushalt 2017/2018 die Finanzierung des ÖPNV benannt wird und dies im nächsten Haushalt ein zentraler Schwerpunkt sein wird.

Herr Stadtrat Müller (Fraktion AfD) kritisiert, dass die Änderungsanträge der anderen Fraktionen zu spät eingereicht wurden, als dass eine konstruktive Beratung in der Öffentlichkeit und auch im vorberatenden Verwaltungs- und Finanzausschuss möglich gewesen wäre. Noch dazu scheint durch die Machtverhältnisse der gebildeten Blöcke der Fraktionen schon alles entschieden. Er stellt die Änderungsanträge seiner Fraktion vor. So beantragt Sie die Sanierung von kommunalen Spielplätzen und Außenanlagen von Kindertagesstätten von jeweils 200.000 €, die Herstellung der Barrierefreiheit des Marktes sowie die Erneuerung der Marktstände des Wochenmarktes. Hierüber sollten allerdings die Händler und Einwohner entscheiden. In diesem Zusammenhang stellt er fest, dass es einen Bürgerhaushalt mit Mitspracherecht für die Einwohner nach wie vor nicht gibt, ebenso wie kein Online-Beschwerde-Management. Politische Teilhabe scheint unerwünscht zu sein. Mit einem weiteren Änderungsantrag sollen Aufwendungen im Sportbereich für die vielen ehrenamtlichen Trainer und Eltern in Höhe von 100.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Er betont, dass, auch wenn die AfD die verfehlte Politik der Bundesregierung kritisiere, auch für sie entsprechend der Verfassung die Meinungsfreiheit ein hohes Gut sei. Radikales Gedankengut von rechts oder links habe in der Gesellschaft keinen Platz. Dass Abgeordnetenbüros verschiedener Parteien attackiert werden, sein schlichtweg inakzeptabel. Seine Fraktion möchte die Stadtratsmitglieder in die Pflicht nehmen, gegenüber der Fraktion AfD eine demokratische Streitkultur an den Tag zu legen. Neben einer zweckgebundenen Aufstockung des Aktionsplanes für Demokratie, Toleranz und ein weltoffenes Chemnitz beantragt seine Fraktion drei neue Stellen im städtischen Vollzugsdienst zu schaffen. Er sagt, auch wenn die Änderungsanträge seiner Fraktion keine Zustimmung finden werden, werde dies nichts an der Tatsache ändern, dass sich einige Ideen mit der Zeit trotzdem durchsetzen werden, wozu er Beispiele aus der Vergangenheit benennt.

**Nr. 2 Änderungsantrag der Fraktion AfD
(Aufstockung des städtischen Vollzugsdienstes 2017)**

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 2

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen)**

**Nr. 3 Änderungsantrag der Fraktion AfD
(Aufstockung des städtischen Vollzugsdienstes 2018)**

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 3

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 48 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 4 Änderungsantrag der Fraktion AfD
(Aufstockung des städtischen Vollzugsdienstes 2019)**

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 4

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(6 Ja-Stimmen, 49 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 5 Änderungsantrag der Fraktion AfD
(zweckgebundene Aufstockung LAP)**

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 5

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(2 Ja-Stimmen, 55 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 6 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Bauunterhaltung Schulen)**

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass an vielen Schulen Baumaßnahmen in der Umsetzung sind. Da allerdings die Mittel nicht ausreichen, müssen Maßnahmen unterbrochen werden und damit steigen die Kosten. Die Verlagerung der Bauleistungen in 2017 ff würde den Haushalt zusätzlich belasten und bürgt die Gefahr, dass bereits sanierte Substanzen wieder beschädigt werden. Des Weiteren gibt es an vielen Schulen erheblichen Sanierungsbedarf wie z. B. an der Schule Reichenhain. Hier sei der riesige Sanierungsaufwand der Verwaltung auch vielen Stadträten bekannt, die Sanierung werde allerdings vor sich hergeschoben. Es sollte nun gelingen 2016 alle vorbereitenden Maßnahmen insbesondere die Planung in Angriff zu nehmen, dass im Jahr 2017 die Missstände behoben werden können.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 6

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(25 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen)**

**Nr. 7 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Schaffung einer Stelle Museumspädagoge)**

Herr Bürgermeister Schulze weist zur Deckungsquelle Deckungskreis Personalkosten darauf hin, dass es in den vergangenen Jahren Unterschreitungen bei den Personalkosten gegeben habe. Dank dieser Unterschreitung konnten in der Vergangenheit teilweise andere Maßnahmen finanziert werden. Er warnt jedoch davor, dass diese Entwicklung als für jedes Jahr gegeben angesehen wird und sagt, dass 2016 deutlich strenger und knapper geplant wird, wofür er Beispiele benennt. Er weist darauf hin, dass sich die Differenz aus diesen Faktoren nicht ergeben wird und alles was aus diesem Deckungskreis entnommen wird einen Vorgriff darstellt auf eine Entwicklung, die sich nicht wieder so einstellen werde wie in den vergangenen Jahren.

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) spricht zu den Änderungsanträgen lfd. Nr. 7 und 8. Sie betont, dass die Museen Unterstützung brauchen. Der Stellenplan weist an verschiedenen Stellen eine Unwucht für die Museen aus. Zwei Positionen, die für das stabile und gute Arbeiten der Museen von hoher Bedeutung sind. Die Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP weiß, dass beide Stellen im laufenden Haushalt nicht ausreichend dargestellt sind. So sei das Schloßbergmuseum am Rande der Leistungsfähigkeit angekommen. Zur Deckungsquelle sagt sie, dass die Erfahrungen der letzten Jahre immer wieder gezeigt haben, dass am Ende des Jahres Geld übrig ist und deshalb wurde die Deckungsquelle benannt. Auch werde mit diesen zwei Positionen immer noch genug Platz für die weitere vorsichtige Planung sein.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass er inhaltlich dem Antrag zustimme. Die Deckungsquelle sei aber anzuzweifeln und er schlägt vor, dass sich im Kulturausschuss mit dem Sachverhalt nochmals befasst wird. Es wäre schön, wenn hierzu ein pädagogisches Konzept von Frau Mössinger vorgelegt werden würde.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 7

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)

Nr. 8 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Streichung des KW-Vermerkes Magazinmeister)

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 8

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)

Nr. 9 Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
(80.000 € für Wildgatter)

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 9

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(4 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nr. 10 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Neue Stelle 0,5 AE für Volkshochschule)

Frau Stadträtin Furthenbacher (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begründet den Änderungsantrag damit, dass das Unterrichtsvolumen an der Volkshochschule um 40 % gestiegen sei, die Kurse „Deutsch als Fremdsprache“ haben sich verdoppelt. Sie sagt, dass zwei Stellen zur Organisation des Pensums zur Verfügung stehen und es seit 2008 hier keinen Stellenaufbau mehr gab. Der aktuelle Personalschlüssel erfülle die Anforderungen laut sächsischer Weiterbildungsförderungsverordnung nicht. Es bestehe daher dringender Handlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 10

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

**Nr. 11 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Erhöhung Medienetat Stadtbibliothek)**

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass es bereits viele Forderungen vielfältiger Art zur Bibliothek gab. Sie geht davon aus, dass die Bibliothek unterstützt wird und wirbt für die Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion mit der angegebenen Deckungsquelle. Die Deckungsquelle des Änderungsantrages Lfd. Nr. 12, Beratungshonorar Dr. Gunzenhauser, hält sie für hochproblematisch. Die Mittel für das Museum Gunzenhauser dürften keinesfalls gekürzt werden, da der Beratungsbedarf durch den Tod von Herrn Dr. Gunzenhauser nicht weggefallen sei.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 11

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen)**

**Nr. 12 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion, Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
(Erhöhung Medienetat Stadtbibliothek)**

Frau Stadträtin Roden (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, warum in der Stadtbibliothek immer noch Sparpotential im Medienetat gesehen wird, obwohl die Nutzerzahlen in den letzten Jahren gestiegen sind. Um ein gutes Angebot für alle zu ermöglichen wirbt sie für den Änderungsantrag und erwartet, dass im nächsten Jahr nicht wieder eine Kürzung im Medienetat erfolgt.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt nach der Zulässigkeit des Änderungsantrages aufgrund der Deckungsquelle.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass das Beraterhonorar im Rahmen der Vertragsverhandlungen Herrn Dr. Gunzenhauser persönlich zur Verfügung gestellt wurde. Das Museum Gunzenhauser hat keinerlei Abstriche und die Deckungsquelle ist solide.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass Herr Dr. Gunzenhauser für das Geld hoffentlich eine Beratungsgegenleistung zugunsten des Museums erbracht habe. Die Frage sei, ob ein Risiko entstehe, wenn die Beratungstätigkeit wegfällt und wodurch diese kompensiert wird. Er meint, dass es nicht sinnvoll ist, andere Änderungsanträge gleichen Inhalts aufgrund unterschiedlicher Deckungsquellen immer abzulehnen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig ergänzt zu den Beratungskosten, dass sie erwartet, dass die Museen die Professionalität haben um erfolgreich zu sein. Herr Dr. Gunzenhauser habe einen guten Nachfolger für sich bestellt, der zur Verfügung steht ohne dass er diese Zahlungen erhält.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 12

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 13 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Studenten-Kulturticket 2016)**

Frau Stadträtin Roden (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert, was es mit dem Kulturticket für Studierende auf sich hat. Als Ergebnis einer Abstimmung zwischen dem Rat der Studierenden der TU Chemnitz und Kultureinrichtungen der Stadt soll der Studierendenausweis zukünftig auch als Eintrittskarte für die Chemnitzer Kunstsammlungen, das Industriemuseum und das Naturkundemuseum gelten. Außerdem haben Studierende 15 Minuten vor Veranstaltungsbeginn im Theater Chemnitz freien Eintritt, sofern noch Restplätze übrig sind. Ermäßigte Tickets zur Planungssicherheit soll es weiterhin noch geben. Mit dem Änderungsantrag soll die Verwaltung beauftragt werden, gemeinsam mit dem Studierendenrat ein Verfahren zu entwickeln. Eine lebendige Kulturszene spielt bei der Wohnortwahl neben dem Arbeitsplatz eine wichtige Rolle.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass aufgrund der Besucherzahlen ab diesem Zeitpunkt die Sitzung in den Beratungsraum 118 übertragen wird.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 13

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 14 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Studenten-Kulturticket 2017)**

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 14

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 15 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion, Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
(Begegnungsstätten)**

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) führt aus, dass in Chemnitz jeder dritte Bewohner älter als 60 Jahre ist. Der Besuch der Begegnungsstätten ist für diese über viele Jahre ein Bedürfnis geworden, sie identifizieren sich mit den Angeboten weil sie ihnen wichtig sind. Gleichzeitig steigt die Zahl derer, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind. Gezielt diesen Menschen sollen Begegnungsstätten die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dabei werden die Problemlagen z. B. durch Sucht oder Schulden immer komplexer und Begegnungsstätten in diesen Momenten immer wichtiger. Insgesamt sind die Begegnungsstätten ein wichtiger Baustein im Hilfesystem der Stadt. Dies gehe nicht ohne geschultes Personal. Aufgabe der Verwaltung und des Stadtrates muss es sein, die personelle Ausstattung so zu gestalten, dass das hohe Niveau erhalten bleibt.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass man dem Anliegen folgen könne, fragt aber, ob die Deckungsquelle Zinsen solide ist und wie der Kämmerer diese beurteilt.

Herr Bürgermeister Schulze erklärt, dass die Deckungsquelle zulässig ist. Er informiert, dass im Dezember 2015 eine größere Umschuldung vorgenommen wurde, die Effekte durch die Zinseinsparung im Planentwurf aufgrund des Zeitablaufs jedoch nicht mehr eingearbeitet wurden. Die Mittel sind ausreichend um diese Deckung darzustellen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt, ob die Deckungsquelle nicht dafür genutzt werden konnte, das Defizit des Haushalts zu verringern.

Herr Bürgermeister Schulze erläutert, woraus die Zinseinsparungen resultieren und das Ergebnis in die Dezemberumschuldung nicht mehr eingearbeitet werden konnte.

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erinnert an die Ausführungen des Kämmerers, dass eine Unterdeckung, also eine Neuverschuldung von 19 Mio. € vorliegt. Sie versteht nicht, wie es da zu Zinseinsparung kommen kann.

Herr Bürgermeister Schulze erläutert, dass die Stadt Chemnitz einen Kreditbestand von ca. 200 Mio. € hat wofür Zinsen gezahlt werden. Im Haushaltsplan wird dafür ein gewisses Zinsniveau unterstellt. Bei Auslaufen einer Zinsbindungsfrist wird von einer Einsparung ausgegangen, welche eingeplant ist. Kommt ein niedriger Betrag zustande, kommt es zu Zinseinsparungen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig betont, dass mit dem heutigen Haushalt keine Neuverschuldung von 19 Mio. € erfolgt, sondern am Ende wird auch eine Tilgung der Schulden beschlossen werden.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) möchte von Herrn Bürgermeister Schulze wissen, ab wann klar war, dass die Zinsen günstiger ausfallen, wieviel Geld es tatsächlich ist und wo die Information dazu kommuniziert wurde.

Herr Bürgermeister Schulze sagt, dass im Verwaltungs- und Finanzausschuss über einen sehr niedrigen Zinssatz informiert wurde und eine Umschuldung stattfand. Ende Dezember habe die Stadt die Meldung final bekommen.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass er dies nicht unter einem transparenten Vorgehen verstehe. Dass es keine Möglichkeit gibt zum jetzigen Zeitpunkt eine Änderung der Verwaltung hierzu einzureichen sieht er nicht.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) bekräftigt, dass im Verwaltungs- und Finanzausschuss über eine Umschuldung informiert wurde und die drei Fraktionen sind auf die Idee gekommen, eine Deckungsquelle zu benennen, ohne zu wissen, in welcher Höhe diese möglich ist.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) meint, dass die Relationen des Kämmerers nicht zutreffend sind und eine gleiche Behandlung der Fraktionen durch den Kämmerer erwartet wird.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 15

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (51 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
 3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 16 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
 SPD-Fraktion, Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
 (Begegnungsstätte „Bei Heckerts“)**

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt, ob es neue Informationen bzw. eine Vorlage zu Rückstellungen Deponien gibt und ob die Deckungsquelle nutzbar ist. Er fragt, warum die Auflösung der Rückstellung nicht zur Reduzierung des Defizits des Haushaltes genutzt wird.

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) führt aus, dass es „Bei Heckerts“ um die Erhaltung der Angebote des Bürgertreffs gehe und dem Träger die Möglichkeit gegeben werden soll sein Engagement bei der Integration von Flüchtlingen zu intensivieren. Das zuständige Fachamt sehe den Bedarf derzeit für diese Einrichtung nicht. Jedoch werden die Angebote rege genutzt und weitere Angebote in dem Gebiet sind für ältere Bürger zu weit entfernt und haben auch nicht das breite Angebot an Kursen und Veranstaltungen. Die Schließung der Einrichtung, die ohne zusätzliche Mittel erfolgen müsste, würde eine riesige Lücke im soziokulturellen Angebot in diesem Stadtteil reißen. Abschließend sagt sie, dass hier die Integration gelebt wird, die sich alle wünschen.

Herr Bürgermeister Schulze erklärt, dass die Verwaltung am Thema Rückstellung Deponien arbeitet und im Mai dieses Jahres im Verwaltungs- und Finanzausschuss über den Arbeitsstand informiert wird. Er weist darauf hin, dass es keine Entscheidung des Stadtrates ist, wie die Rückstellungen behandelt werden, sondern dies liegt in der Zuständigkeit der Verwaltung. Er sagt, dass die Rückstellungen nicht mehr in bisheriger Höhe benötigt werden und im Ergebnis frei werden und somit dem Haushalt zugeführt werden können. Somit ist diese Deckungsquelle zulässig.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erinnert, dass er im Dezember 2015 die Reduzierung der Rückstellungen angemahnt habe. Die damalige Aussage war, dass es nicht möglich sei. Heute nunmehr gelte die Reduzierung als Deckungsquelle. Davon seien 500.000 € in den Änderungsanträgen der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalten. Seine Fraktion werde diese Deckungsquelle nun ebenfalls an den Stellen, wo ihre genannten Deckungsquellen in Frage gestellt werden, nutzen. Er wundert sich, dass die Informationen zu den Deckungsquellen nur bestimmten Fraktionen vorbehalten sind.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erinnert, dass es den Auftrag gab, das Thema Rückstellung Deponien zu prüfen. Eine Information darüber sei bis heute nicht erfolgt. Er fragt, in welchen Dimensionen hier gerechnet werden könne und wann der Kämmerer vor habe zu informieren.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) betont, dass die Fraktionen SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Deckungsquelle einfach benannt haben und die Verwaltung nicht begeistert darüber war. Und genau dies hätte die Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP auch tun können.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass diese Thematik mehrfach angesprochen und auch eingefordert wurde und sich die drei Fraktionen nicht mehr abspeisen lassen wollten und die Deckungsquelle Rückstellungen gefunden und der Verwaltung vorgeschlagen wurde. Dies wäre den anderen Fraktionen auch möglich gewesen. Sie sagt, dass geprüft werden müsse, ob der Umgang mit solchen Summen tatsächlich gerechtfertigt ist. Für die Zukunft müsse geprüft werden, ob Rückstellungen in diesen Höhen erforderlich sind.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass es nicht gegen die Deckungsquelle gehe, sondern dass davon ausgegangen werde, dass über neue Sachverhalte alle Fraktionen gleichermaßen informiert werden.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) ergänzt, dass von seiner Fraktion die Frage an die Kämmerei gestellt wurde, ob in den Rückstellungen ein verwertbares Budget für Änderungsanträge enthalten sei, welche verneint wurde. Diese Kommunikation findet er nicht gerecht.

Herr Bürgermeister Schulze sagt, dass er diese Aussage so nicht im Raum stehen lasse, da eine Frage zu Deponien oder Zinsen an ihn nicht herangetragen wurde. Zur Deckungsquelle Personal sagt er, dass er nicht gesagt habe, dass diese nicht geht, sondern er habe darauf hingewiesen, dass es die Differenzen der vergangenen Jahre nicht automatisch wieder geben wird. Er verweist nochmals auf das Verfahren zu Rückstellungen und Liquiditätsreserven.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) versteht die Aufregung nicht, da sich die Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP an ihr eigenes Vorgehen aus der Vergangenheit erinnern sollte.

Herr Stadtrat Dr. Neubert (Fraktion DIE LINKE) bestätigt, dass die Fraktionen nach Lösungen gesucht, diese Deckungsquelle gefunden und vorgeschlagen haben.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 16

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (35 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen,
 2 Stimmenthaltungen)**

Nr. 17 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP (Begegnungsstätte Stadtteiltreff Kappel)

Herr Stadtrat Walter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass die Leistungen der Begegnungsstätte ein unverzichtbares Angebot für das Wohngebiet sind und mehr als 10.000 Besucher dieses Angebot nutzen. Das bisherige Budget ist ausdrücklich nicht auskömmlich, was auch Rückfragen beim Träger ergeben haben. Zur Deckungsquelle Schlüsselzuweisungen sagt er, dass seine Fraktion nicht erkennen könne, dass dieser nur 200.000 € beinhaltet. Er bemerkt abschließend, dass Beschlüsse zum Thema Begegnungsstätten von der Verwaltung nicht umgesetzt werden und deshalb im Rahmen der Haushaltsberatung durch die Stadträte Deckungsquellen gesucht werden müssen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 17

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (53 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
 2 Stimmenthaltungen)**

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) beantragt eine Auszeit.

Auszeit 17:33 – 17:50 Uhr

**Nr. 18 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
 (Ferienjobs Haus der Jugend)**

Herr Stadtrat Höhnel (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zeigt seine Befangenheit an und nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Änderungsantrag nicht teil.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) spricht gegen den Änderungsantrag, da dieses Thema neu sei und bisher noch keine fachliche Diskussion im Jugendhilfeausschuss o. ä. erfolgt sei.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 18

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (14 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen,
 4 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 19 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
 (Schulsozialarbeit FS J.-Trüper)**

Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass die Stellenanteile wieder auf den Stand der Vorjahre angehoben werden sollen, da der Bedarf unstrittig sei. Als neue Deckungsquelle benennt er Rückstellungen Deponien.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) spricht für den Änderungsantrag, da die Schulsozialarbeit an dieser Stelle sinnvoll ist. Er hätte sich gewünscht, dass dies im Rahmen des derzeit zu erarbeitenden Konzeptes berücksichtigt worden wäre und nicht als Einzelmaßnahme eingebracht wird und geht davon aus, dass dies, wenn das Konzept vorliegt, nicht mehr Gegenstand einer Haushaltsberatung werden wird.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass auch ihre Fraktion den Änderungsantrag unterstützt und fragt, ob ggf. die Mittel für die Folgejahre entsprechend veranschlagt und künftig mit dem Konzept entschieden werden sollen.

Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass so etwas zukünftig gern im Zusammenhang mit dem Konzept Schulsozialarbeit beraten werden soll.

Herr Bürgermeister Rochold führt aus, dass das aus fachlicher Sicht genau so gesehen wird und die Mittel für 2017 und die Folgejahre berücksichtigt und eingebracht werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 19

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(52 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 20 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Erhöhung Mittel Erhaltungsaufwand Kindertagesstätten)**

Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass für diesen Änderungsantrag dieselbe Argumentation wie für den Erhaltungsaufwand Schulen gelte und der Sanierungsbedarf bekannt ist.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 20

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(23 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 21 Fraktion AfD
(Aufstockung Unterhalt Kita-Außenanlagen)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 21

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(3 Ja-Stimmen, 50 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 22 Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
(Aufstockung der Summe für Reparatur von Spielgeräten in
kommunalen Kindertagesstätten)**

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass der Sanierungs- und Reparaturstau bei Spielanlagen bekannt ist. Durch das Jugendamt wird die Summe in Höhe von 40.000 € für sinnvoll und durchführbar eingeschätzt.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 22

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(56 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

**Nr. 23 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP-Fraktion
(Schaffung einer Stelle Suchtbeauftragte/r)**

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) spricht insbesondere über die Gefahr und Bekämpfung von Crystal im primären und sekundären Bereich. Durch einen hauptamtlichen kommunalen Suchtbeauftragten ist die Stärkung der Prävention möglich. Die Arbeit hat sich bisher in verschiedenen Projekten bewährt, es sollte aber eine hauptamtliche Stelle geschaffen werden, da effektiver nicht in die Zukunft investiert werden könne. Auch die Multiplikationswirkung im tertiären Bereich müsse vorangebracht werden, was durch einen hauptamtlichen Beauftragten gelingen kann. Als Deckungsquelle benennt er Rückstellungen Depo- nie.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass Rot-Rot-Grün den Antrag inhaltlich unterstützt, es aber nicht für den richtigen Weg ansieht diese Thematik in der Haushaltsdebatte zu führen. Sie schlägt vor, dass ein fraktionsübergreifender Beschlussantrag mit Zielen, Konzepten und Ausstattung der Stelle Suchtbeauftragter in den Stadtrat eingebracht wird, um das eine Stelle im Haushalt 2017/2018 aufgenommen wird.

Frau Stadträtin Patt (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) betont, dass der vorliegende Änderungsantrag nur die finanzielle Ausstattung und selbstverständlich nicht die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Stelle sichern soll. Über Details müsse im Anschluss diskutiert werden.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) unterstützt die Ausführungen von Frau Zais, da aus einem stattgefundenen Suchtgipfel mehrere Möglichkeiten, des Vorgehens verschiedener Träger hervorgingen und darüber beraten werden sollte.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt, wie lange über die Thematik noch diskutiert werden soll. Jetzt bestehe die Möglichkeit die finanziellen Grundlagen zu schaffen und man müsse zu einem Ergebnis kommen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) betont, dass inhaltlich Übereinstimmung besteht, aber im Zusammenhang mit Beauftragten ein anderer Weg gegangen werden solle. Er erinnert, dass es die Idee eines Seniorenbeauftragten gibt und meint, dass das Thema Beauftragte generell nochmals geprüft werden sollte. Er würde sich wünschen, dass die vorgeschlagene Stelle fraktionsübergreifend aus dem Sozialausschuss heraus vorgeschlagen werde.

Herr Stadtrat Wolf (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) stimmt dem vorgeschlagenen Weg der SPD-Fraktion zwar zu, unterstützt aber die Dringlichkeit des Handelns.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass ein Beauftragter etwas anderes darstelle als ein Koordinator und hier die unterschiedlichen Überlegungen bereits losgehen.

Herr Bürgermeister Rochold weist darauf hin, dass die Frage im Sozialausschuss am 14.01.2016 diskutiert wurde.

**Nr. 25 Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN (Erstuntersuchungen Asylbewerber –
Entfristung 2 AE Arzthelferinnen in der EAE)**

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass die Landesdirektion das Signal gegeben habe, dass weitere Aufnahmeuntersuchungen durchgeführt werden und deshalb wird die Entfristung von zwei Stellen Arzthelferinnen beantragt.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig weist darauf hin, dass eine Änderung der Einreicher ausgereicht wurde mit welcher sich die Summe von 70.000 € auf 105.000 € erhöht.

Herr Stadtrat Walter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt zur Deckungsquelle und ob es eine verbindliche Zusage der Landesdirektion gibt, dass dem über mehrere Jahre so ist.

Herr Bürgermeister Schulze sagt, dass eine Finanzierung so lange erfolgen wird wie der Bedarf besteht.

Herr Stadtrat Walter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt nach, ob von der Landesdirektion zugesichert ist, dass die im Änderungsantrag genannte Summe von 105.000 € finanziert wird.

Herr Bürgermeister Schulze sagt, dass ansonsten die Personalkosten erstattet werden und es sich hierbei um die abgeschätzten Personalkosten handelt. Er weist darauf hin, dass es abhängig vom Bedarf ist und sicher z. B. drei Ärzte nicht finanziert werden, wenn es sich nur um die Hälfte der Asylbewerber handeln würde.

Auf nochmalige Nachfrage von **Herrn Walter**, ob Herr Bürgermeister Schulze sicher stellen könne, dass diese 105.000 € über die Finanzierung der Landesdirektion sicher gestellt sind, erklärt **Herr Bürgermeister Schulze** das dies der Praxis entspricht.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 25

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (24 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen,
 3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 26 Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
(Verlängerung 1 AE Gesundheitsberatung bis 31.12.2017)**

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass diese Stelle mit dem letzten Haushalt eingerichtet wurde mit dem Ziel der Prävention und des betrieblichen Gesundheitsmanagements. Es macht Sinn, diese Stelle zu verlängern, da die Stadt Chemnitz in vielfältigen Unternehmungen präsentiert wird und aufgrund des hohen Krankheitsstandes in der Personalverwaltung ein qualitatives Gesundheitsmanagement dringend von Nöten ist.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 26

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 27 Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
(Personalkostenzuschnitt Verein der Dialyse und Transplantierten
Chemnitz e. V.)**

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) informiert, dass der Verein 154 Mitglieder betreut. Der Verein betreut nicht nur die Patienten, sondern auch die Menschen in der Umgebung. Dabei erfolgt die Betreuung direkt an der Dialysemaschine und am Krankenbett als unmittelbare Hilfe auch für das Klinikpersonal. Weiterhin ist der Verein aktiv bei der Aufklärung und Bewerbung zu Organspenden.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt, ob die Deckungsquelle Umlage regionaler Planungsverband geeignet ist.

Herr Bürgermeister Schulze sagt, dass es eine Diskrepanz zum Mitgliedsbeitrag zwischen dem Ansatz im Haushalt und Planungsempfänger gibt und die Mittel in der veranschlagten Höhe nicht benötigt werden. Somit sind die Mittel als Deckungsquelle verwendbar.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 27

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(53 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 28 Fraktion AfD
(Sonderauszahlung für ehrenamtlich aktive Trainer und Eltern in
Sportvereinen)**

Herr Stadtrat Müller (Fraktion AfD) sagt zur Deckungsquelle, dass mit der 2. Änderung der Verwaltung bestätigt wird, dass die Kosten für die Stadioneröffnung unangemessen zu hoch und nicht detailliert genug angesetzt waren. Die frei werdenden Mittel sollen nunmehr erst recht in den Stadtsportbund fließen und als Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Trainer und Eltern dienen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert zur Deckungsquelle Stadioneröffnungsfeier. So sei in Vorbereitung der Veranstaltung erkennbar geworden, dass die Kosten eine Höhe erreichen würden, die nicht mehr vertretbar gewesen wäre. Deshalb habe sie entschieden, dass ein Tag der offenen Tür stattfinden wird, aber kein Konzert stattfinden soll. Daher wurde die aktuelle Änderung der Verwaltung vorgelegt. Dabei sei leider nicht aufgefallen, dass diese Mittel somit auch nicht mehr als Deckungsquelle zur Verfügung stehen würden. Aus diesem Grund zieht sie beide Änderungen der Verwaltung zurück und dadurch steht die ursprüngliche Summe wieder zur Verfügung. Sie bittet darum 50.000 € für den Tag der offenen Tür zu belassen. 100.000 € stehen somit anderen Zwecken zur Verfügung.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 28

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (5 Ja-Stimmen, 48 Nein-Stimmen,
 4 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 28a Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/
 DIE GRÜNEN
 (Aufstockung der Mittel zur Sportförderung)**

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) zeigt seine Befangenheit an und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) spricht zu den Änderungsanträgen 28a bis 32. Die frei werdenden Mittel sollen dem allgemeinen Sportbetrieb zur Verfügung gestellt werden, da das Antragsvolumen in der Sportförderung regelmäßig die Mittel übersteigt, die dafür vorhanden sind. Er begründet die einzelnen Anträge.

Zur Stadioneröffnung sagt er abschließend, dass die erhöhten Kosten der Grund für die Verringerung sind und nicht die Ergebnisse des CFC.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt zu den 80.000 € des Antrages 28a im Rahmen der Deckungsquelle zum Verfahren.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert nochmals das Verfahren zu den Änderungen der Verwaltung. Sie erklärt, dass die Mittel ursprünglich im Amt 15 im Bereich Öffentlichkeitsarbeit veranschlagt waren. Zur besseren Abwicklung sind diese Mittel an die C³ übertragen worden. Nachdem festgestellt wurde, dass sich die Kosten deutlich erhöhen wurden, wurde die 2. Änderung der Verwaltung ausgereicht. Letztlich hat sie beide Änderungen der Verwaltung wieder zurückgezogen, um die Mittel als Deckungsquelle zu belassen.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) beantragt eine Auszeit.

Auszeit von 18:41 – 18:49 Uhr

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bittet zur Deckungsquelle, die Verwendung dieser Mittel nochmals im Schul- und Sportausschuss zu diskutieren und im Nachhinein darüber zu entscheiden.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass nunmehr 100.000 € frei sind und alle Fraktionen genügend Post von Sportvereinen der Stadt bekommen haben mit der Bitte um Unterstützung. Diese Mittel sollten nun dem Sport zur Verfügung gestellt werden wo sie hingehören.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass der Sport gefördert werden soll und die Mittel in den Sport gegeben werden sollen. Dazu soll aber vorher im Schul- und Sportausschuss beraten werden, wo diese konkret eingesetzt werden sollen.

**Nr. 32 SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
(Einführung Sachkostenpauschale für Grundlagentrainer)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 32

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 33 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Bausicherung Marathonturm Sportforum)**

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass das Thema im Zusammenhang mit dem Fördermittelprogramm diskutiert werden sollte und seine Fraktion den Änderungsantrag eingebracht hat, um das Thema bereits einmal zu benennen. Er sagt, dass das Stadion im Sportforum mit Wegfall des Turms an Identität verlieren würde. Deshalb solle zunächst die Bausicherung finanziert und im Zusammenhang mit dem Gesamthema Stadion untersetzt werden sollte.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) spricht zur genannten Deckungsquelle Förderprogramm KommlInvest und meint, dass an geeigneter Stelle und zum geeigneten Zeitpunkt über angedachte Maßnahmen innerhalb dieses Programms diskutiert werden sollte und nicht heute zur Haushaltsberatung. Gemeinsam sollte eine Liste mit einzelnen Maßnahmen beschlossen werden, was voraussichtlich im Mai/Juni dieses Jahres erfolgen könne.

Herr Stadtrat Faßmann (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) weist auf die denkmalschutzrechtliche Genehmigung aus dem Jahr 2013 hin, welche die Forderung beinhaltet, dass der Turm als Denkmal gesichert wird. Die Stadt kommt seit nunmehr fast drei Jahren ihrer Erhaltungspflicht nicht nach und er denkt, dass bei Reparatur des Daches bereits im Jahr 2013 jetzt keine 750.000 € für die Bausicherung erforderlich wären. Er betont, dass der Stadtrat nicht darüber entscheiden könne ein Denkmal abzureißen und sieht dies auch im Zusammenhang mit dem Viadukt an der Annaberger Straße.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass der Stadtrat nicht vergessen sollte, dass es einen gewissen Anarbeitungsstand von Projekten gibt. Er ist der Meinung, dass im Gesamtkontext KommlInvest über Prioritäten im Bereich Sportstätten entschieden werden sollte. Heute sollten keine einzelnen Maßnahmen vorweg genommen werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 33

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(21 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 34 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Wettbewerb Markt)**

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass der Änderungsantrag nachvollziehbar sei. Er bittet dennoch diesen heute nicht zu beschließen. Er räumt ein, dass zur Thematik Markt Bearbeitungsbedarf besteht und informiert, dass im Februar 2016 ein Workshop mit den Mitgliedern des Planungs-, Bau- und Umweltausschuss stattfand um das Thema erneut zu diskutieren und die Handlungsfelder zu benennen. Es wurden Festlegungen getroffen und die Verwaltung habe einzelne Sachverhalte zu untersuchen. Diese Ergebnisse sollten für eine Beschlussfassung abgewartet werden.

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass der Workshop leider in den Ferien stattgefunden habe und es mit dem Änderungsantrag darum gehe das Thema zu benennen und auf die Probleme hinzuweisen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 34

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(16 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 35 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Beteiligungsverfahren Gestaltung Stefan-Heym-Platz)**

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnert an die Bänke am Stefan-Heym-Platz, die für erhebliches Aufsehen sorgten. Die Einreicher seien der Auffassung, dass der Platz eine gute städtebauliche Qualität hat. Allerdings bilden der Platz, das Haus und der Name nicht die gewünschte Einheit. Anliegen ist es, dass die Stadt, das smac und die Stefan-Heym-Gesellschaft gemeinsam Ideen entwickeln können, um den Platz mit Leben zu erfüllen, dass dieser erlebbar wird. Das entsprechende Verfahren soll im Dezernat 6 organisiert werden. Für weitere Entscheidungen zum Stefan-Heym-Platz sollen zunächst die Ergebnisse dieser Expertenrunde erfasst werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 35

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 36 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Erhöhung Mittel städtische Denkmalpflege 2016)**

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) informiert, dass es in der Stadt Chemnitz über 4.800 Denkmäler gibt und diesen einen unschätzbaren Wert für die Stadtgesellschaft haben. Es bestehe die gesellschaftliche Verpflichtung an ihrer Erhaltung zu arbeiten. In den letzten Jahren wurden dafür erforderliche Mittel auf 100.000 € abgeschmolzen, deshalb wird beantragt zusätzliche Mittel für die kommunale Denkmalpflege zur Verfügung zu stellen.

Er richtet an das Dezernat 6 die Bitte, dass auch ohne Stadtratsbeschluss die Stadtratsmitglieder ein höheres Mitspracherecht zum Denkmalschutz erhalten und zukünftig nicht nur Informations-, sondern Beschlussvorlagen mit Vorschlägen entsprechender Maßnahmen zur Entscheidung unterbreitet werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 36

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)**

**Nr. 37 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Erhöhung Mittel städtische Denkmalpflege 2017)**

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 37

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

**Nr. 38 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Zweckmittelbindung für Instandhaltung Gehwege)**

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bringt den Änderungsantrag ein und erklärt, dass auch aus Haftungsgründen die Gehwege in der Stadt verbessert werden müssen. Auch gehe es um Barrierefreiheit und Schulwegsicherheit. Dies erfordert in der Verwaltung auch das nötige Personal.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 38

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 39 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Schulwegsicherheit)**

Herr Stadtrat Leistner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) führt aus, dass die AG Schulwegsicherung erforderliche Maßnahmen zur Schulwegsicherung und die Reihenfolge der Abarbeitung festlegt. Allerdings müsse diese Liste schneller abgearbeitet werden. So sei nach Abstimmung mit der Verwaltung eine Maßnahme im Bereich der Schloßgrundschule sofort umsetzungsfähig, weshalb er um Zustimmung zum Änderungsantrag bittet.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 39

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(53 Ja-Stimmen)**

**Nr. 45 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Sanierung Teich Kleinolbersdorf-Altenhain)**

Herr Stadtrat Leistner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) informiert, dass der Ortschaftsrat Kleinolbersdorf-Altenhain einen Vorschlag eingereicht hat, den die Verwaltung nicht anerkannt hat. Deshalb reicht seine Fraktion diesen als Änderungsantrag ein. Er erklärt, dass der Dorfteich in Kleinolbersdorf-Altenhain in einem desolaten Zustand ist und auch im Zusammenhang mit der 700-Jahrfeier des Stadtteils im Jahr 2017 saniert werden sollte.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass die Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag ablehnen, was nichts damit zu tun habe, dass der Bedarf nicht gesehen wird. Es gibt aber eine verwaltungsinterne Liste zur Unterhaltung und Sanierung der Chemnitzer Teiche, welche akzeptiert werden sollte. Mit einer Zustimmung zum Antrag würden weitere Begehrlichkeiten geweckt.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmt Herrn Scherzberg zu. Er glaubt, dass es für den Dorfteich in Kleinolbersdorf-Altenhain kein Konzept gibt. Als nächster Teich der Prioritätenliste wäre außerdem der Ottoteich, welcher auch in sehr schlechtem Zustand ist, zur Sanierung vorgesehen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 45

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(19 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 46 Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN,
Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Erhöhung der Mittel für Förderung des Kleingartenwesens)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 46

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 47 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Neue Stelle 0,5 AE Klimaschutz)**

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sagt, dass der Klimapolitik ein entsprechendes Gewicht verliehen werden müsse. Dabei wurde in den letzten Jahren einiges angegangen und erreicht, es müsse aber erheblich mehr passieren, wenn man den Klimawandel ernst nehmen möchte. Wünschenswert wäre so z. B., dass es zu jeder Bauvorlage eine klimarelevante Stellungnahme gäbe und die Stadt beim Carsharing und den Bezug von Ökostrom eine Vorreiterrolle einnehmen würde.

Das mindeste jedoch sei ein regelmäßiger Klimaschutzbericht, wie es laut Stadtratsbeschluss vorgesehen ist. Der letzte Bericht stamme jedoch aus dem Jahr 2007. Es müssen dringend weitere Schritte erfolgen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 47

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(31 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

**Nr. 48 Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**
(SB oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz)

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 48

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(45 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)

Nr. 49 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Eigenmittel für das Umweltzentrum zur Instandhaltung)

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 49

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(31 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Nr. 50 Fraktion AfD
(Erneuerung der mobilen Verkaufsstände)

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 50

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(2 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Beratung über Investitionen

**Nr. 51 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Grundschule Wittgensdorf Fertigstellung der Sanierung 2016)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 51

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(20 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 52 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Grundschule Wittgensdorf Fortführung der Baumaßnahmen 2017)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 52

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(20 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 53 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Grundschule Euba, Fertigstellung der aktuellen Maßnahmen)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 53

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(21 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen)**

**Nr. 54 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Grundschule Euba, Sanierung der Keller, Umkleide, Schaffung von
Barrierefreiheit)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 54

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(21 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 55 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Schulhofsanierung Grundschule Mittelbach)**

Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass es seit fast fünf Jahren wichtige Gründe gibt, den Schulhof zu erneuern. Durch den fast ein Jahr andauernden Anbau haben die Kinder keine Grünfläche, keinen Sandkasten und keine Fläche zum Spielen. Die Eltern haben zusammen mit ortsansässigen Firmen 10.000 € gesammelt und der Förderverein hat eine Tischtennisplatte und Sitzplätze angeschafft. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass dringend eine mit den Eltern abgestimmte Planung und Realisierung der Maßnahme erforderlich ist.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass inhaltlich Übereinstimmung besteht, der Antrag aber auf Grund der Deckungsquelle abgelehnt wird.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig weist darauf hin, dass der Freistaat voraussichtlich frühestens im August 2016 entscheiden wird, wofür die Mittel verwendet werden dürfen. Somit besteht ausreichend Gelegenheit untereinander Abstimmungen vorzunehmen. Auch könnten KommInvest-Maßnahmen, welche heute abgelehnt werden, hierfür eingebracht werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 55

**Abstimmungsergebnis: bei Stimmengleichheit abgelehnt
(29 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 56 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Grundschule Reichenhain Sanierung – Planung 2016)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 56

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(19 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 57 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Grundschule Reichenhain Sanierung 2017)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 57

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(19 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 61 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Umsetzung der Maßnahme Kita Albert-Köhler-Straße)**

Herr Stadtrat Ulbrich (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) zieht den Änderungsantrag zurück, da den zwei vorhergehenden Anträgen nicht zugestimmt wurde.

**Nr. 62 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Kauf der Teilfläche Liegenschaft Kegelbahn Blau-Weiß Chemnitz 02)**

Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass es erhebliche Probleme für den Fortbestand der Kegelbahn des Vereins Blau-Weiß Chemnitz gibt, da die Liegenschaft der Envia M gehört und diese in die Vermarktung des Grundstückes eintreten möchte. Da sich im Vorfeld der Haushaltsberatung keine Lösung fand, bringt seine Fraktion diesen Änderungsantrag ein, da ansonsten der Fortbestand des Vereins in Frage gestellt bzw. die Leistungsfähigkeit stark eingeschränkt wären.

Er stellt fest, dass es zum Thema weitere Änderungsanträge gibt und spricht in diesem Zusammenhang zum Verhalten der Stadtratsmitglieder untereinander und sagt, dass es nicht darum gehe, wer einen Antrag stellt, sondern um die Sache gehe.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass er der Argumentation folgen könne und ergänzt, dass der Erhalt des Vereins wahrscheinlich nicht an der Trainingsstätte hänge, aber es wichtig ist, dass Sportstätten zur Verfügung gestellt werden, die den Spielbetrieb insgesamt erhalten. Er sagt, dass Sportförderung bisher als Hilfe zu Selbsthilfe gesehen wurde und dass sich der Verein Hilfe gesucht habe, in dem er auf alle Fraktionen, Envia M und die Stadt zugegangen ist. Er ist froh, dass eine Lösung möglich scheint. Dies liege auch daran, dass der Verein in Aussicht gestellt habe 15.000 € selbst einzubringen. Die Differenz von 60.000 € wird mit dem Änderungsantrag beantragt. Zur benannten Deckungsquelle Erfenschlager Bad führt er aus, dass die Mittel im Haushalt dafür bestehen bleiben sollten und zeitnah eine Entscheidung getroffen werden müsse. Zur Deckungsquelle des Änderungsantrages Rot-Rot-Grün sagt er, dass die Mittel für die Stadioneinweihungsfeier im Bereich Sport bleiben.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass der zweite Antrag ein Zuschuss dafür ist, dass der Verein und nicht die Stadt Eigentümer wird.

Herr Stadtrat Faßmann (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) stellt fest, dass die Unsicherheit im Antrag bestehe, dass dem Verein die Nutzung langfristig ermöglicht wird. Zum Zuschuss fragt er ob der Verein überhaupt die Strukturen aufbringen kann, um die restlichen Mittel zu beschaffen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass zwei Vertreter bei ihr vorgesprochen und informiert haben, dass sich der Verein beteiligen möchte. Eine letztendliche Sicherheit liegt jedoch nicht vor.

Herr Bürgermeister Rochold weist zur Deckungsquelle zum Änderungsantrag lfd. Nr. 62 darauf hin, dass ein Förderbescheid der SAB vorliegt, um u. a. den Bach rückbauen zu können. Wenn jetzt auf die Eigenmittel zurückgegriffen wird, könnten die Fördermittel nicht mehr in Anspruch genommen werden.

Herr Stadtrat Dierks (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass er davon ausgeht, dass der Rückbau des Erfenschlager Bades erst einmal nicht mehr zur Debatte steht und daher auch die Mittel nicht benötigt werden. Des Weiteren wäre es wünschenswert gewesen, fraktionsübergreifend gemeinsam zu einem Ansatz zu kommen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 62

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(16 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

**Nr. 63 SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**
(Zuschuss Kegelbahn Blau-Weiß)

Es wurde eine aktualisierte Fassung zum Änderungsantrag mit einem Betrag in Höhe von 60.000 € ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 63

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)

**Nr. 64 SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**
(Zuschuss an den EFC)

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) erinnert, dass 2015 ein Beschluss zur Freizeitregion Rabenstein gefasst wurde. Ein wichtiger Teil ist dabei der Stausee Ober-rabenstein, welchen die EFC gmbH fit für die Zukunft machen möchte. Dabei soll der Änderungsantrag erste konsequente Maßnahmen ermöglichen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 64

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)

Nr. 65 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Eisschnelllaufbahn – Sanierung Betonbahn inkl. Medien)

Herr Stadtrat Ulbrich (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) führt aus, dass das Eissport- und Freizeitzentrum eine der wichtigsten Sportanlagen ist, deren Sanierung dringend erforderlich ist. Er sagt weiter, dass man bei Überlegungen zu einem neuen Bad in Chemnitz dringend Überlegungen anstellen müsse, ob dies an die Eissportanlage gehört, da man die vorhandene Infrastruktur und Energetik nutzen könne.

**Nr. 67 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Radweg Kuchwald-Wüstenbrand)**

Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass die Stadt, wenn die Deutsche Bahn AG die Grundstücke verkauft, in der Lage sein müsse, diese zu erwerben und die Trasse für die Allgemeinheit zu sichern. Als Deckungsquelle wird der Haltepunkt Kuchwald benannt, da sich die Fertigstellung um ein bis drei Jahre verzögert.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 67

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(52 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 68 Fraktion AfD
(Markpflastersanierung zur Verbesserung der Barrierefreiheit)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 68

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(5 Ja-Stimmen, 40 Nein-Stimmen)**

**Nr. 69 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Barrierefreiheit Markt – 1. Bauabschnitt)**

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) schlägt vor, dass dieser Antrag und der nachfolgende komplementär gesehen werden.

Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion) sagt, dass die Mittel in Höhe von 100.000 € absichtlich beantragt werden, da diese 2016 umsetzbar sind. Natürlich dürfte die Weiterführung der Maßnahme im nächsten Jahr nicht außer Acht gelassen werden.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, da eine recht teure Variante der Sanierung erfolgen wird, könnte die gesamte Summe in 2016 verbaut werden.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) meint, dass man die Zeitschiene prüfen müsste und was im Jahr 2016 tatsächlich noch umgesetzt werden könnte.

Herr Bürgermeister Stötzer informiert, dass das Tiefbauamt eine Leistung in Höhe 100.000 – 150.000 € ausführen könnte.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) zieht aufgrund dieser Aussage den Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück und unterstützen den Antrag der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 69

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(52 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

**Nr. 70 SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
(barrierefreie Sanierung des Marktes)**

Der Antrag wurde unter lfd. Nr. 69 zurückgezogen.

**Nr. 71 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(W.-Klippel-Straße – Verbesserung Verkehrssicherheit)**

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass das Verkehrsaufkommen auf der Walter-Klippel-Straße hoch und der Zustand schlecht sei und eine schnelle Sanierung für dringend erforderlich gehalten wird.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 71

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(22 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 72 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Planungsmittel für Haltestelle Ringbuslinie für 2016)**

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass die Schaffung der Ringbuslinie eine planerische Vorbereitung erfordert, die rechtzeitig begonnen werden muss. Da die inhaltlichen Beschlüsse unter Finanzierungsvorbehalt gestellt wurden, wird der vorliegende Antrag eingebracht.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 72

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 73 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Abwasser Küchwaldbühne)**

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) stellt heraus, dass dies eins der dringendsten Projekte ist, da mit der Küchwaldbühne etwas erhaltensfähiges entstanden ist.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 73

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 74 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Brunnenanlage Pelzmühle)**

Herr Stadtrat Marschner (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass der Brunnen unter Denkmalschutz steht und das Umfeld in den letzten Jahren bereits saniert werden konnte. Um die Sanierung des Areals abzuschließen zu können werden Mittel für die Brunnenanlage benötigt. Er weist ferner darauf hin, dass die Wiederherstellung der Brunnenschale eine Pflichtaufgabe der Kommune nach Sächsischem Denkmalschutzgesetz ist.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 74

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(21 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 75 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Städtischer Eigenanteil zum Umbau des Hauptbahnhofes der
Parkeisenbahn Chemnitz)**

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass die Parkeisenbahn zu den Dingen gehört, die Chemnitz attraktiv machen und erhalten bleiben müsse.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) spricht zu diesem Antrag und dem Antrag lfd. Nr. 76 und sagt, dass zweifelsfrei für den Bahnhof der Parkeisenbahn etwas getan werden müsse. Es macht sich notwendig, den Bahnhof mit einer zweiten Etage aufzustocken da die Räumlichkeiten nicht mehr ausreichen. Die Deckungsquelle KommInvest der Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP könne wiederum nicht akzeptiert werden.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass die Deckungsquelle des Antrages lfd. Nr. 76 nicht genommen werden dürfe, stattdessen schlägt er vor, auch hier die Rückstellung Deponie zu verwenden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 75

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(19 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 76 Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
(Sanierung Bahnhofsgebäude der Parkeisenbahn)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 76

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(40 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 77 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Planung und Errichtung Kongresszentrum 2016)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 77

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(11 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 78 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Planung und Errichtung Kongresszentrum 2017)**

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 78

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(15 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 79 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Planung und Errichtung Kongresszentrum 2018)**

Herr Stadtrat Fritzsche (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass seiner Fraktion dieses Projekt sehr am Herzen liegt und sich mit diesem Thema intensiv auseinandergesetzt werden sollte.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 79

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(15 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Änderungsantrag Ortschaftsrat Einsiedel

Herr Stadtrat Ulbrich (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) macht Ausführungen zur Kindertagesstätte Einsiedel und sagt, dass es dringend notwendig ist die vorliegende Planung weiterzuführen indem 2016 von der Stadt finanzierte Spielgeräte im Garten eingerichtet werden.

Er informiert weiter, dass der Ortschaftsrat Einsiedel auch noch eine Stellungnahme zu den Straßen eingereicht hat.

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass man sich mit der Kindertagesstätte Einsiedel beschäftigt habe, die Deckungsquelle jedoch nicht akzeptiert werden könne. Sie schlägt vor, die Maßnahme auf die Nachrückerliste KommInvest-Bund zu setzen bzw. über das Investpaket Land zu ermöglichen.

Herr Stadtrat Ulbrich (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) erklärt, dass so schnell wie möglich eine Lösung benötigt wird und nicht erst im Herbst. Er bittet ausdrücklich darum jetzt eine Entscheidung zu treffen. Als Deckungsquelle benennt er nunmehr Rückstellung Deponien.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt eine Auszeit.

Auszeit von 20:45 – 20:55 Uhr

Herr Stadtrat Dr. Neubert (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass man sich einig sei, dass hier schnell etwas passieren muss, dies aber in realistischen Schritten erfolgen sollte. Deshalb bringen die Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag für die Maßnahme in Höhe von 50.000 € mit der Deckungsquelle Rückstellung Deponien ein.

Abstimmung über den Änderungsantrag des Ortschaftsrates Einsiedel zur Kindertageseinrichtung Einsiedel

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(21 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Kindertageseinrichtung Einsiedel

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Verpflichtungsermächtigungen

Herr Bürgermeister Schulze führt aus, dass man aus Sicht der Verwaltung den Maßnahmen lfd. Nr. 80 bis 82 und 84 – 85 zustimmen kann und die lfd. Nr. 83 entfällt.

**Nr. 80 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Sicherung der Maßnahme Brandschutz Neubau Ausbildungs- und
Übungsgelände mit Wkst.)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 80

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 81 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Sicherung der Maßnahme Brandschutz Neubau Ausbildungs- und
Übungsgelände mit Wkst.)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 810

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(43 Ja-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 82 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Sicherung der Maßnahme Brandschutz Neubau Ausbildungs- und
Übungsgelände mit Wkst.)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 82

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
5 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 83 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Umsetzung Maßnahme Kita Albert-Köhler-Straße)**

Der Antrag ist obsolet.

**Nr. 84 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Herstellung Kreisverkehr)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 84

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 85 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Herstellung Kreisverkehr)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 85

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(48 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
3 Stimmenthaltungen)**

Stellenplan

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig weist darauf hin, dass nicht mehr alle Änderungsanträge abstimmungsfähig sind, da sie im Ergebnishaushalt keine Mehrheit gefunden haben.

**Nr. 86 Fraktion AfD
(Aufstockung Vollzugsdienst um 3 AE)**

Der Antrag ist obsolet.

**Nr. 87 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Schaffung einer Stelle Museumspädagoge)**

Der Antrag ist obsolet.

**Nr. 88 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Streichung KW-Vermerk an Stelle Magazinmeister)**

Der Antrag ist obsolet.

**Nr. 89 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Neue Stelle 0,5 AE Sachbearbeiter/in Volkshochschule)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 89

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 90 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Schaffung einer Stelle Suchtbeauftragter)**

Der Antrag ist obsolet.

**Nr. 91 Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
(Suchtberatung: Aufstockung um 0,25 AE)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 81

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 92 Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
(Entfristung 2 AE Arzthelferinnen in EAE)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 92

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 93 Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
(Verlängerung 1 AE Gesundheitsberatung)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 93

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 94 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Schaffung einer Stelle für den Bereich Vergabe -
Spielplatzreparaturen 2016)**

Der Antrag ist obsolet.

**Nr. 95 Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
(Schaffung einer Stelle für den Bereich Vergabe -
Spielplatzreparaturen 2017)**

Der Antrag ist obsolet.

**Nr. 96 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Neue Stelle 0,5 AE für den Klimaschutz 2016)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 96

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 97 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE,
SPD-Fraktion
(Entfernung des KW-Vermerks an der Stelle Klimaschutz 2019 ff.)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 97

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 98 Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
(Sachbearbeiter/in oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 98

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) fragt, wie sich die Stelle des Referenten Dezernat 3 widerspiegelt, da nur eine Stelle im Stellenplan steht aber zwei vor Ort sind. Er sieht hier auch ein Ungleichgewicht gegenüber dem Dezernat 5, da das größte Dezernat die wenigsten Stellen in Organisation und Leitung hat.

Herr Bürgermeister Schulze erläutert, dass es sich hier um eine Besetzungskette handelt. Eine Abteilungsleiterstelle im Amt zur Regelung offener Vermögensfragen wird frei und dafür die zweite Stelle des Referenten besetzt. Er erklärt, dass aus Sicht der Verwaltung eine gleichmäßige Besetzung dargestellt ist.

Herr Stadtrat Burghart (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) sagt, dass er diese Einschätzung nicht teilen kann und dass seine Fraktion sich gegen die KW-Stelle im Dezernat 5 ausgesprochen habe.

Herr Bürgermeister Runkel führt aus, dass eine vergleichbare Vergütung zwischen der Abteilungsleiter- und der Referentenstelle besteht. Zur Besetzung in seinem Dezernat weist er darauf hin, dass es eine Stelle für die Koordinatorin LAP und eine Stelle für die Antikorruptionsbeauftragte, welche zu 50 % auch Frauenbeauftragte ist, gibt.

Abstimmung über die Einwendungen zum Haushaltsplanentwurf

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(15 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

***Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** schlägt vor, während der Rechenpause in der Tagesordnung fortzufahren. Hierzu gibt es keinen Widerspruch.*

Der Beschluss zur Haushaltssatzung wird zur besseren Verständlichkeit und Lesbarkeit bereits an dieser Stelle aufgeführt.

Beschluss B-037/2016

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für das Haushaltsjahr 2016 gemäß Anlage 1, Seiten 2 und 3.
2. Der Stadtrat beschließt die Maßnahmen für das Sächsische Investitionsstärkungsgesetz – Budget Bund gemäß Anlage 8.
3. Der Stadtrat beschließt die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Maßnahmen nach dem Sächsischen Investitionsstärkungsgesetz – Budget Bund, wenn die Zustimmung der Bewilligungsbehörde zur Änderung vorliegt.
4. Der Stadtrat beschließt die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ansätze für Schulsozialarbeit der Ämter 40 und 51.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

8 Informationsvorlagen

- 8.1 Bericht für das Jahr 2015 zur Umsetzung der Radverkehrskonzeption Chemnitz in Ergänzung zum Vorbericht zur Haushaltssatzung 2016
Vorlage: I-016/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.2 Bericht zum Stand der Maßnahmenumsetzung des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Chemnitz 2020 (SEKo) in Ergänzung zum Vorbericht zur Haushaltssatzung 2016
Vorlage: I-017/2016 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9 Beschlussanträge

- 9.1 Attraktivität des Weihnachtsmarktes erhalten und steigern
Vorlage: BA-005/2016 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss BA-005/2016

Die Verwaltung soll einen Vorschlag zur Änderung der Auswahlrichtlinie Chemnitzer Weihnachtsmarkt sowie der Marktsatzung zum Beschluss vorlegen, der es für die Händler Erzgebirgischer Volkskunst und anderer nichtgastronomischer Produkte auch weiterhin attraktiv macht, sich auch 2016 für einen Stand auf dem Chemnitzer Weihnachtsmarkt zu bewerben. Grundlage könnte eine Einnahmen neutrale Erhöhung der Standgebühren für Speisen und Getränke bei gleichzeitiger Senkung der Standgebühren für den Verkauf sowie die Herstellung von Erzgebirgischer Volkskunst und anderer nicht-gastronomischer Produkte sein. Die Beschlussvorlage soll zeitlich so ausgereicht werden, dass die Änderungen bereits auf die Vergabe der Standplätze 2016 angewendet werden kann.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(3 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

- 9.2 Erhaltung Turm Sportforum
Vorlage: BA-008/2016 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss BA-008/2016

Die Stadt Chemnitz legt spätestens bis zur Stadtratssitzung am 13.04.2016 ein bauliches Instandhaltungs- und Sicherungskonzept zur Erhaltung des Turms im Sportforum vor. Inhalt dieses Konzeptes soll sein, noch in diesem Jahr die wichtigsten Sicherungs- und Instandhaltungsmaßnahmen zum Erhalt dieses Baudenkmals durchzuführen. Die notwendigen Fördermittel sind unverzüglich von der Stadt zu beantragen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(4 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

10 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Es gibt keine Anfragen.

11 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Stadträtin Kempe (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) und Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) bestätigt.

11.03.2016 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

14.03.2016 *S. Kempe*
Datum Solveig Kempe
Mitglied
des Stadtrates

14.03.2016 *Scherzberg*
Datum Thomas Scherzberg
Mitglied
des Stadtrates

11.03.2016 *Seidel*
Datum Ramona Seidel
Schriftführerin